

## **Antrag**

**der Abgeordneten Linus Görg, Christa Möller-Metzger, Maryam Blumenthal, Filiz Demirel, Mareike Engels, Michael Gwosdz, Dr. Adrian Hector, Britta Herrmann, Andrea Nunne, Dr. Gudrun Schittek, Yusuf Uzundag, Peter Zamory (GRÜNE) und Fraktion**

**und**

**der Abgeordneten Claudia Loss, Sabine Jansen, Jörg Mehdau, Britta Schlage, Urs Tabbert, Dr. Isabella Vértes-Schütter, Güngör Yilmaz (SPD) und Fraktion**

**Betr.: Folgen der Klimakrise begegnen – Hitzeaktionsplan für Hamburg aufstellen**

Die Klimakrise zeigt bereits Wirkung – auch in Hamburg. So hat sich mit dem fortschreitenden Klimawandel die durchschnittliche Anzahl der heißen Tage pro Jahr, an denen eine Maximaltemperatur von über 30 Grad Celsius gemessen wird, von 3,1 (Mittelwert 1961 bis 1990) auf 6,6 (Mittelwert 1991 bis 2020) bereits mehr als verdoppelt (siehe <https://www.hamburg.de/klimawandel-in-hamburg/>). Im bislang extremsten Jahr 2018 wurden in Hamburg 19 solcher Tage verzeichnet. Künftig werden das eher Durchschnittswerte sein, mit deutlich größeren Ausreißern nach oben. Auskunft über die möglichen Veränderungen gibt der Deutsche Klimaatlas des Deutschen Wetterdienstes (DWD vergleiche [dwd.de](http://dwd.de)). Der DWD spricht ab einer berechneten gefühlten Temperatur von 32 Grad Celsius an mindestens zwei aufeinanderfolgenden Tagen Warnungen aus.

Hamburg hat sich Anfang 2023 auf den Weg gemacht, mit dem Prozess der Aufstellung eines Hitzeaktionsplanes zu starten. Hier wird es besonders darum gehen, vulnerable Gruppen zu schützen. Dazu gehören ältere, vorerkrankte und/oder allein lebende Menschen, obdachlose Menschen, Kleinkinder und Schwangere sowie Personen, die sich tagsüber viel im Freien aufhalten müssen. Die Folgen von Hitzebelastung stellen besonders für die genannten Gruppen ein großes gesundheitliches Risiko dar. Neben Akuterscheinungen wie Hitzekrämpfen, Hitzschlag, Hitzeerschöpfung oder Sonnenstich, kann Hitze auch die Symptome von bestehenden Erkrankungen deutlich verschlimmern. Bei älteren Menschen reagieren Herz und Kreislauf schneller sensibel auf Hitze. Fehlendes Durstgefühl und weniger Schwitzen führen dazu, dass der Wasserhaushalt und die Körpertemperatur weniger gut reguliert werden können. Die Symptome sind oft schwer einzuordnen, sodass die Menschen keinen Notruf absetzen, sondern unbemerkt in ihren Wohnungen versterben. Ältere Frauen sind besonders häufig betroffen.

Maßnahmen eines Hitzeaktionsplanes, um die oben genannten Folgen und Gefahren zu mindern und zu vermeiden, sind zum Beispiel die Verfügbarkeit von frei zugänglichem Trinkwasser zu erhöhen, die Einrichtung und Nutzung sogenannter Cooling Centres, wie beispielsweise Kirchengebäude, öffentliche Räumlichkeiten oder unterirdische Bahnsteige, und deren Bewerbung. Zudem können ausführliche und barrierefrei zugängliche Informationen notwendig sein, um die Hamburger\*innen auf zukünftige Hitzeperioden vorzubereiten und sie für die damit zusammenhängenden Gefahren zu sensibilisieren. Bauliche Maßnahmen durch die Träger von Krankenhäusern und

Pflegeeinrichtungen können ebenfalls sinnvoll sein, weshalb auch der Abruf von Fördermitteln für bauliche Anpassungen (sofern vom Bund bereitgestellt) beworben werden soll.

Als weiteren Baustein sollen die genannten Maßnahmen in den umfassenden Hitzeaktionsplan der Freien und Hansestadt Hamburg einfließen. Die genannten Maßnahmen und viele noch zu entwickelnde können dort gebündelt und mit allen wichtigen Akteur\*innen abgestimmt werden. Ein breiter Beteiligungsprozess ist hierfür unerlässlich. Neben Behörden, Verbänden, Einrichtungsträgern aus den Bereichen Umwelt- und Stadtplanung, Sozial- und Gesundheitswesen, Fachverbänden und Expert\*innen zum Beispiel aus dem Bereich Umwelt und Stadtentwicklung, Gesundheits- und Pflegebereich, müssen auch die Bezirke und die Bezirks- und Landessenior\*innenbeiräte miteinbezogen werden.

So kann Hamburg in Zukunft alle Bürger\*innen in Bezug auf Hitze noch besser schützen.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. die Entwicklung eines umfassenden Hitzeaktionsplans weiter voranzutreiben.
2. bei der Durchführung der geplanten Auftaktveranstaltung und Workshops auf eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit zu achten und hierfür unter anderem auch die Bezirke, Bezirkssenior\*innenbeiräte und den Landessenior\*innenbeirat miteinzubeziehen.
3. die vom Bund im Sofortprogramm „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“ angekündigten Fördermöglichkeiten für Klimaanpassungsmaßnahmen insbesondere in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen zu bewerben.
4. der Bürgerschaft bis zum 30.09.2024 zu berichten.